

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, Landtag 1.1849/51 - 33.1916/19; [N.F.] 1.1919/20 -
5.1928/30[?]**

Anlage 1-10

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90128](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90128)

Anlage 1.

An den Landtag, hier.

Die immer noch in vollem Umfange andauernden ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse und die infolgedessen in der Beamtenchaft wieder hervorgetretene Unruhe haben der Reichsregierung Veranlassung gegeben, ihren Beamten und höheren Angestellten neuerdings noch eine einmalige „Beschaffungsbeihilfe“ zu gewähren, die in zwei Raten, jetzt und im Dezember dieses Jahres, ausbezahlt wird und für Verheiratete 1000 *M* beträgt, welcher Summe für jedes Kind 200 *M* hinzugehen. Ledige erhalten 600 *M*. Außerdem ist bei der laufenden Kriegszulage die Kinderbeihilfe, die bis jetzt für die verschiedenen Ortsklassen monatlich 30, 40 und 50 *M* betrug, gleichmäßig für alle Dienstorte mit Wirkung vom 1. September d. J. auf 50 *M* festgesetzt. Die Verhandlungen über eine entsprechende Beschaffungsbeihilfe für die niederen Angestellten und Arbeiter sind noch nicht abgeschlossen. Indessen ist zu erwarten, daß die Arbeiter mit ähnlichen Einkommensverhältnissen wie die Beamten gleichfalls Beschaffungsbeihilfen erhalten werden.

In Preußen schweben Erwägungen über entsprechende Maßnahmen, die bestimmt zu einem ähnlichen Ziele führen werden. Ebenso ist bekannt geworden, daß mindestens die überwiegende Zahl der Bundesstaaten, wenn nicht alle, sich dem Vorgehen der Reichsregierung grundsätzlich anschließen werden. Die Einzelheiten dürften sich allerdings je nach den früher getroffenen Einrichtungen manchenorts verschieden gestalten.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Oldenburg sich von dieser neuen Maßnahme nicht ausschließen kann, so sehr dadurch auch die staatlichen Finanzen in Mitleidenschaft gezogen werden und obwohl im allgemeinen Wirtschaftsinteresse zu wünschen gewesen wäre, daß sie sich hätte vermeiden lassen. Nachdem mit gutem Grunde die Beordnung der laufenden Kriegszulagen für die Beamten in Oldenburg dem Vorgange des Reichs in allen wesentlichen Beziehungen angepaßt ist, und nachdem schon mit den früheren einmaligen Zulagen dem Beispiel der großen Verwaltungen gefolgt ist, gibt es keinen anderen Weg, als auch jetzt die Grundzüge der Beschaffungsbeihilfe des Reichs für Oldenburg anzunehmen und namentlich die gleichen Sätze zu gewähren.

Das gilt in erster Linie für die Beamten, es muß aber unabhängig von dem anderswo eingeschlagenen Verfahren auch für die übrigen Angestellten und die Arbeiter gelten, soweit diese

auch sonst die gleiche Behandlung wie die Beamten erfahren haben und nicht besondere Vorzüge vor diesen genießen. In dieser Beziehung ist entscheidend, daß — im Gegensatz zu dem Reich und den meisten anderen Bundesstaaten — die Mehrzahl der oldenburgischen Arbeiter in bezug auf die Kriegszulagen von vornherein und andauernd den Beamten gleichgestellt gewesen sind und infolgedessen hier und da besondere Wünsche haben zurückstellen müssen.

Im übrigen ist dem Vorgehen des Reichs auch darin zu folgen, daß die Auszahlung wenigstens der ersten Hälfte der Beschaffungsbeihilfe sogleich erfolgt. Andernfalls würden die oldenburgischen Bediensteten sich gegen ihre Kollegen im Reich und in den anderen Staaten zurückgesetzt fühlen, auch würden sie dann die ihnen zufließenden Beträge nicht, wie jene, zu Beschaffungen von Wintervorrat verwenden können. Infolgedessen hat die Behandlung des Gegenstandes nicht bis zur ordentlichen Tagung des Landtags hinausgeschoben werden können.

Nebenanlage A
Die Einzelheiten der Durchführung der Beschaffungsbeihilfe sind in dem anliegenden Gesetzentwurf dem bisher in Oldenburg angewendeten und bewährten Verfahren eng angepaßt.

Nebenanlage B
In einem besonderen Entwurfe eines Abänderungsgesetzes zu den Kriegszulagengesetzen vom 13. Dezember 1918 und 16. Juni 1919 ist die oben erwähnte Änderung der laufenden Kinderzulagen beordnet. Im Anschluß hieran ist auch einem wiederholt und dringend von sämtlichen Beteiligten ausgedrückten und als berechtigt anzuerkennenden Wunsche entsprochen und ist die Wirkung des Gesetzes vom 16. Juni d. J. in seiner bisherigen Fassung nachträglich auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. ausgedehnt.

Das Reich hat neben den aktiven auch die auf Wartegeld stehenden und in den Ruhestand versetzten Beamten bei Gewährung der Beschaffungsbeihilfe berücksichtigt. Sie erhalten sie aber nur im Falle des Bedürfnisses und in der Regel nur zum halben Betrage. Nur ausnahmsweise kann bis zum vollen Satze gewährt werden. In beiden Beziehungen sind die Grundsätze des Reichs für Gewährung der laufenden Zulagen auf die gegenwärtige Maßnahme in der Weise übertragen, daß ebenso wie bei den laufenden Kriegsbeihilfen die Höhe des zu gewährenden Betrages vom steuerbaren Einkommen abhängig bleibt. Dabei ist angenommen, daß bei Einkommen über 8000 M ein Bedürfnis nicht anerkannt zu werden braucht. Die Kinderzulage ist zu den Grundbeträgen in das gleiche Verhältnis gebracht, das bei den Beschaffungsbeihilfen der aktiven Beamten besteht. Ein nach diesen Grundsätzen aufgestellter Gesetzentwurf liegt an.

Nebenanlage C
Gleichzeitig ist auch für die inaktiven Beamten die Rückwirkung des gegenwärtigen Kriegsbeihilfengesetzes für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. vorzusehen. Das ist in der Anlage B mitberücksichtigt.

Schließlich ist eine Beschaffungsbeihilfe dem Vorgange des Reichs und Preußens entsprechend auch den Angehörigen verstorbener Zivilstaatsdiener, Lehrer usw. zu gewähren. Die Einzelheiten hierfür sind wie bisher zweckmäßig im Verwaltungswege festzustellen.

Der durch vorstehende Maßnahmen entstehende Aufwand ist sehr hoch. Es betragen die Kosten

Daraus entsteht ein Gesamtaufwand bei	
der Zentralkasse	128 000 M,
„ Landeskasse des Landesteils Oldenburg	3 460 000 „,
„ „ „ „ „ Lübeck	381 000 „,
„ „ „ „ „ Birkenfeld	251 000 „,
„ Eisenbahnbetriebskasse	9 615 000 „,
„ Reichszollkasse	303 000 „,
den Schulkassen in dem Landesteil Oldenburg	628 000 „,
„ „ „ „ „ Lübeck	38 000 „,
„ „ „ „ „ Birkenfeld	208 000 „,
	zusammen 15 012 000 M.

Die Deckung dieser neuen Ausgaben wird in den Landesteilen Lübeck und Birkenfeld möglicherweise durch Überschüsse erfolgen können, die infolge erheblicher Einnahmesteigerungen sich ergeben mögen. Anderenfalls wird es wahrscheinlich keine Schwierigkeiten machen, durch Steuerzuschläge den Ausgleich herzustellen und diesen auf das Jahr 1920 zu verschieben.

Nebenanlage D

Auch im Landesteil Oldenburg wird infolge recht beträchtlicher Überschreitungen der Einnahmeveranschläge in manchen Positionen der Landeskasse mindestens ein großer Teil des Mehraufwandes für die allgemeine Landesverwaltung Deckung finden. Da indessen gleichzeitig für die Aufbringung der auf den Staat entfallenden Kosten der vom Reich veranlassenen Senkung der Lebensmittelpreise zu sorgen ist, so empfiehlt es sich, zum Ausgleich des im ganzen für 1919 auf 3 000 000 M zu veranschlagenden Fehlbetrages noch nachträglich den Zuschlag zur Einkommen- und Vermögenssteuer von 50 auf 80 % zu erhöhen. Für die deshalb erforderliche Änderung des Finanzgesetzes ist ein Entwurf angelegt.

Am bedenklichsten ist der Mehraufwand der Eisenbahnbetriebskasse. Hier besteht schon jetzt ein laufender Fehlbetrag von außerordentlicher Höhe, der allerdings hinter den Ausfällen bei anderen Eisenbahnverwaltungen merklich zurückbleibt. Die vom 1. Oktober ab eintretende Erhöhung der Personen- und Gütertarife wird diesen Fehlbetrag zwar herabmindern, aber nicht verschwinden lassen. Die jetzt zu beschließende Mehrausgabe tritt dem sonstigen Fehlbetrage daher in voller Höhe hinzu und wird nicht anders als durch Anleihe aufgebracht werden können.

Das Staatsministerium beantragt:

Der Landtag wolle

1. den anliegenden vier Gesetzentwürfen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen,
2. zu den Voranschlägen der beteiligten Staatskassen für 1919 die nach obigen Vorschlägen erforderlichen Mittel nachbewilligen.

Oldenburg, den 2. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen.

Driver.

Nebenanlage A.

Entwurf

eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen
Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe an die staat-
lichen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie an
die Lehrer an den Volksschulen und an den land-
wirtschaftlichen Winterschulen.

Das Staatsministerium verkündet mit Zustimmung des
Landtags als Gesetz für den Freistaat Oldenburg, was folgt:

§ 1.

Den staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern, sowie
den Lehrern an den Volksschulen und an den landwirtschaft-
lichen Winterschulen wird eine Beschaffungsbeihilfe nach fol-
genden näheren Bestimmungen gewährt:

§ 2.

Zivilstaatsdiener, Gendarmen und Lehrer an den Volks-
schulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen erhalten
die Beschaffungsbeihilfe nach den Bestimmungen der §§ 3—5.

§ 3.

Die Höhe der Beschaffungsbeihilfe richtet sich nach der
Größe der Familie. Berücksichtigt werden

1. der Beamte,
2. seine Ehefrau,
3. seine Kinder unter fünfzehn Jahren,
4. seine Kinder über fünfzehn Jahre, wenn sie sich noch in der
Schul- oder Berufsausbildung befinden,
5. sonstige erwerbsunfähige Angehörige,
zu 4 und 5 jedoch nur insoweit, als sie kein nennens-
wertes eigenes Einkommen haben, sondern ihren Lebens-
unterhalt ganz oder überwiegend von dem Beamten be-
ziehen.

An Stelle der fehlenden Ehefrau kann auch eine andere
weibliche Person berücksichtigt werden, die zum Haushalt des
Beamten gehört und von ihm unterhalten wird.

§ 4.

Die Beschaffungsbeihilfe beträgt 600 *M.* Dieser Betrag
steigt, wenn neben dem Beamten weitere Personen zu berück-
sichtigen sind, um 400 *M.* für die zweite Person und um 200 *M.*
für jede weitere Person.

Das Staatsministerium kann den Betrag der Be-
schaffungsbeihilfe aus besonderen Gründen ermäßigen.

§ 5.

Berechtigt zum Bezuge der Beschaffungsbeihilfe sind die-
jenigen Beamten, Gendarmen und Lehrer an den Volksschulen
und den landwirtschaftlichen Winterschulen, die vom 1. August
bis in den Oktober 1919 im aktiven Dienste gestanden haben.

Für den Familienstand nach § 4 ist der 31. August 1919
maßgebend.

§ 6.

Das Staatsministerium hat den im Staatsdienst beschäftigten Angestellten ohne Zivilstaatsdienereigenschaft und den im Staatsdienste beschäftigten Arbeitern Beschaffungsbeihilfen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu gewähren. Ausnahmen und Abweichungen im einzelnen sind zulässig.

§ 7.

Die Beschaffungsbeihilfe wird zur Hälfte baldigst nach Erlass dieses Gesetzes und zur anderen Hälfte im Dezember 1919 ausgezahlt.

§ 8.

Die durch dieses Gesetz erwachsenden Kosten tragen diejenigen Klassen und Verbände, von denen das Gehalt oder die Vergütung der Beteiligten am 1. Oktober 1919 bestritten wird.

Nebenanlage B.

Entwurf

eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Abänderung der Kriegszulagengesetze vom 13. Dezember 1918 und 16. Juni 1919 und des Kriegsteuerungsbeihilfengesetzes vom 14. Juni 1919.

Das Staatsministerium verkündet mit Zustimmung des Landtages als Gesetz für den Freistaat Oldenburg, was folgt:

Artikel 1.

Im § 4 Absatz 4 und 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 16. Juni 1919 wird der Satz, um den sich die Grundzulagen für jede weitere Person erhöhen, mit Wirkung vom 1. September 1919 an von 480 und 360 auf 600 *M* im Jahre gesteigert.

Im übrigen wird die Wirkung des Gesetzes vom 16. Juni 1919 auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März ausgedehnt.

Artikel 2.

Die Wirkung des Kriegsteuerungsbeihilfengesetzes vom 14. Juni 1919 wird auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919 ausgedehnt.



Nebenanlage C.

Entwurf

eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen
Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe an auf Wartegeld
gestellte oder in den Ruhestand versetzte Zivil-
staatsdiener, Lehrer an den Volksschulen, Leiter und
Lehrer an den Winterschulen und Gendarme.

Das Staatsministerium verkündet mit Zustimmung des
Landtags als Gesetz für den Freistaat Oldenburg, was folgt:

§ 1.

Den Zivilstaatsdienern, Lehrern an den Volksschulen,
Leitern und Lehrern an den Winterschulen und den Gendarmen,
die bis zum 1. Oktober 1919 auf Wartegeld gestellt oder in
den Ruhestand versetzt sind, wird eine Beschaffungsbeihilfe nach
den Bestimmungen dieses Gesetzes gewährt.

§ 2.

- Eine Beschaffungsbeihilfe erhält nicht, wer
1. im Staatsdienst gegen Vergütung weiterbeschäftigt wird und
bereits eine Beschaffungsbeihilfe erhält,
 2. seinen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches hat,
 3. das Wartegeld oder Ruhegehalt nicht wenigstens zur Hälfte
vom Staate erhält,
 4. ein steuerbares Jahreseinkommen von mehr als 8000 *M*
hat (§ 3 Absatz 1).

§ 3.

Die Beschaffungsbeihilfe richtet sich nach dem für das
Steuerjahr 1918 festgestellten steuerbaren Jahreseinkommen.

Sie beträgt bei einem steuerbaren Jahreseinkommen
(Grundbetrag)

bis zu 2000 <i>M</i>	800 <i>M</i> ,
von 2001 bis 4000 <i>M</i>	600 „,
von 4001 bis 6000 <i>M</i>	400 „,
von 6001 bis 8000 <i>M</i>	200 „.

Wenn das steuerbare Jahreseinkommen die Untergrenze
einer Stufe um einen Betrag übersteigt, der geringer ist als der
Stufenunterschied der Beschaffungsbeihilfe, findet der Satz der
nächstunteren Stufe Anwendung, vermindert um den bezeichneten
Betrag.

Wenn neben dem Empfänger der Beihilfe und einer
weiteren Person (Chefrau oder Stellvertreterin usw.) noch
Kinder oder sonstige erwerbsunfähige Angehörige ganz oder über-
wiegend auf sein Einkommen angewiesen sind, so steigt die
Beschaffungsbeihilfe für jede weitere Person um zwanzig vom
Hundert des Grundbetrages.

Für den Familienstand nach Absatz 3 ist der 31. August
1919 maßgebend.

§ 4.

Die durch dieses Gesetz erwachsenden Kosten tragen die-
jenigen Klassen und Verbände, von denen das Wartegeld oder
das Ruhegehalt der Beteiligten am 1. Oktober 1919 bestritten
wird.

Nebenanlage D.

Gutwurf

eines Gesetzes wegen Änderung des Finanzgesetzes
für 1919.

Das Staatsministerium verkündet mit Zustimmung des
Landtages als Gesetz für den Freistaat Oldenburg wegen Ände-
rung des Finanzgesetzes für 1919, was folgt:

Einziger Paragraph.

In dem Landesteil Oldenburg werden die Einkommen-
steuer und die Vermögenssteuer mit 180 % der veranlagten
Jahressummen erhoben.



Anlage 2.

An den Landtag, hier.

Die auf Grund des Anleihegesetzes vom 26. Mai d. J. angeknüpften Verhandlungen haben u. a. dahin geführt, daß eine öffentliche Anstalt sich bereit erklärt hat, von der Anleihe den Betrag von 10 000 000 M zu annehmbaren Bedingungen zu übernehmen. Sie verlangt aber eine Nachfüge zu dem genannten Gesetze dahin, daß das Ministerium ermächtigt wird, nicht nur nach § 2 Satz 3 des Gesetzes den Staat zur Tilgung einer Inhaberanleihe in dreißig Jahren durch Auslösung zu verpflichten, sondern auch eine Schuldscheinanleihe zu Zins- und Tilgungsbedingungen aufzunehmen, die der Lage des Geldmarktes entsprechen. Wenn diese Ermächtigung erteilt ist, soll unter Verzicht auf die Ausstellung von Inhaberschuldverschreibungen das genannte Darlehen gegen einen Schuldschein und gegen die Verpflichtung der Amortisation in dreißig Jahren abgeschlossen werden.

Da gegen diesen Vorschlag keine sachlichen Bedenken zu erheben sind und da der Abschluß der angebotenen Anleihe dem Staatsinteresse entspricht, beantragt das Staatsministerium:

Der Landtag wolle dem anliegenden Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Oldenburg, den 3. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Driver.

Entwurf

eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betreffend die Aufnahme von Anleihen.

Einziger Artikel.

Die Staatsregierung kann für einen Teil der durch das Anleihegesetz vom 26. Mai 1919 § 1 bestimmten Beträge auch langfristige Darlehen gegen Schuldschein zu Zins- und Tilgungsbedingungen aufnehmen, die der Lage des Geldmarktes entsprechen.

Anlage 3.

An den Landtag, hier.

Zum Schutze des Landes gegen Unruhen stehen nach Durchführung der Friedensbedingungen ausreichende Truppen wie vordem nicht mehr zur Verfügung. In erhöhtem Maße wird es daher Sache der Polizei sein, die Staatsordnung und das Leben und Eigentum der Einwohner zu schützen. Das gilt für Oldenburg wie für alle anderen Länder. Wo die Polizei zur Erfüllung dieses erweiterten Zweckes in ihrem bisherigen Bestande nicht ausreicht, muß sie daher verstärkt werden.

Das oldenburgische Gendarmeriekorps ist 127 Köpfe stark. Dazu kommen 39 auf Grund der Verhandlungen mit der verfassunggebenden Landesversammlung 1919 angenommene Hilsgendarme. Die Gendarme und Hilsgendarme sind im ganzen Lande auf die einzelnen Standorte verteilt. Sie bilden daher keine Macht, die bei ausbrechenden Unruhen einheitlich eingesetzt werden könnte. Dazu kommt, daß ein erheblicher Teil der Beamten sich schon in vorgerücktem Lebensalter befindet, also auch den Anforderungen körperlich nicht genügen würde.

Es bedarf daher der Schaffung einer neuen, genügend starken und allen Aufgaben gewachsenen Polizeitruppe, die straff organisiert, von Offizieren geführt und mit allen neuzeitlichen Waffen und Hilfsmitteln versehen und ausgebildet sein muß. Zur Erhaltung guter Disziplin und Erzielung der Schlagfertigkeit wie auch zum Schutze der Mannschaft gegen Überumpelungen ist die Kasernierung erforderlich.

Die Dauer dieser Einrichtung wird von der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse abhängen. Es werden mit dem Reiche Verhandlungen über die Stärke der Truppe geführt, die nur im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages festgelegt werden kann. Die Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse müssen nach dem Wunsche der Reichsbehörden in Übereinstimmung mit den Einrichtungen in den anderen Ländern geregelt werden. Eine endgültige Lösung dieser Fragen ist für die nächste Zeit zu erwarten. Jedenfalls sollen keine auf Lebenszeit angestellte Beamte geschaffen, sondern die Kündbarkeit bei allen Stellen durchgeführt werden. Vorläufig wird nur bei Dienstbeschädigungen und Todesfällen eine dauernde Verpflichtung des Staates eintreten. Die das Nähere regelnden Ausführungsbestimmungen werden zweckmäßigerweise vom Ministerium erlassen werden.

Die Kosten der Neueinrichtung sind naturgemäß außerordentlich hoch. Sie sind bei Zugrundelegung einer Gesamtstärke der Truppe von 400 Köpfen überschläglich auf etwa 1,5 Millionen Mark einmaliger Ausgaben und 2,75 Millionen Mark

laufender Ausgaben geschätzt. Die genaue Höhe wird erst nach Abschluß der Verhandlungen mit dem Reiche festgelegt werden können. Daß die Schaffung einer Polizeitruppe als dauernde Einrichtung Oldenburgs Kräfte übersteigt, bedarf keiner Ausführung. Verhandlungen mit dem Reiche wegen Übernahme der Kosten sind mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet worden. Die zuständigen Minister haben zugesagt, daß die entstehenden Kosten ganz oder wenigstens zum größten Teil vom Reich übernommen werden. Auch ist die Gewährung eines Vorschusses in baldige Aussicht gestellt. Die Verhältnisse gestatten aber nicht, auf den Abschluß der Verhandlungen zu warten. — Mit der Aufstellung und Ausrüstung der Polizeitruppe soll sofort begonnen werden, nachdem der Landtag den vom Staatsministerium gestellten Anträgen zugestimmt hat.

Das Staatsministerium beantragt, der Landtag wolle beschließen, daß

1. für die Schaffung einer Polizeitruppe ein Betrag von vorläufig 3 (drei) Millionen Mark bewilligt und mit 1 Million Mark nachträglich in den Voranschlag 1919 und mit 2 Millionen Mark in den Voranschlag 1920 der Landeskasse des Landesteils Oldenburg zu § 30 eingestellt werde;
2. das Staatsministerium zu ermächtigen,
 - a) die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen,
 - b) die für die Polizeitruppe erforderliche Anzahl Mannschaften und Offiziere anzustellen und die Haftung für Dienstbeschädigungen zu übernehmen.

Oldenburg, den 3. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tougen. Driver.

Anlage 4.

An den Landtag, hier.

Der Kohlenmangel und die daraus entstehenden verhängnisvollen Wirkungen haben der Wärmequelle, welche in den Torfmooren des Landes aufgespeichert liegt, eine außerordentliche Bedeutung gegeben. Die Moorbesitzer und auch die Moorkolonisten kommen durch die Torfgräberei im Handbetrieb in einem Jahr rascher und besser vorwärts, als früher in einem Jahrzehnt. Die kapitalkräftigere Maschinentorfindustrie hat sich im Lande derart gehoben, daß auf eine weit größere Produktion als vor dem Kriege mit Sicherheit auch künftig gerechnet werden kann.

Es wird nun die Frage aufzuwerfen sein, ob der Staat auf Mooren, die dazu geeignet sind, selbständig die Torfgräberei im großen ausüben lassen will. Als solche Moore, die vor allem neben guten Verkehrsverhältnissen und bester Moorqualität völlig geregelte Abwässerungs- und Vorflutverhältnisse aufweisen müssen, kommen in Betracht:

1. Edewechter städtisches Moor, Gemeinde Edewecht, mit rd.	400 ha,
2. Lengener-Moorburgermoor, Gemeinde Westerstede, nach Abzug von 240 ha Vorbehalt für Torfmoore rd.	900 „,
3. Schwaneburgermoor, Gemeinde Friesoythe, rd.	570 „,
4. Fintlandsmoor, Gemeinde Edewecht, nach Abzug von 360 ha Vorbehalt für Torfmoore rd.	530 „,
zusammen 2400 ha.	

Wenn auch von Gewinn bei derartigen Staatsbetrieben vorerst nicht die Rede sein kann — obgleich im Landesteil Oldenburg jetzt schon im Kleinbetrieb pro Quadratmeter Moorfläche bis zu 2,50 M und im Großbetriebe 1,50 M Torfgeld pro Quadratmeter gezahlt werden und außerhalb Oldenburgs die Torfgeldpacht noch höher sein soll —, so dürfte es doch ohne Zweifel sein, daß ein staatlicher Großbetrieb, wie er z. B. im benachbarten Ostfriesland in Wiesmoor im Gange ist, wo jetzt bei 3 · 8stündigem Betrieb pro Tag rund 5000 Waggon zu je 10 Tonnen Torf pro Jahr erzeugt werden, ein beträchtlicher Regulator für zu hoch gespannte Torfpreise sein und auch eine ständige und ruhige Bezugsquelle für staatliche und andere lebenswichtige Betriebe werden kann. Doch bringt ein derartiger Staatsbetrieb auch eine Menge Reibungsflächen mit sich, denen ein Privatbetrieb leichter und billiger aus dem Wege gehen kann,

als der von allen Seiten einer starken Kritik und noch stärkeren Forderungen ausgesetzte Staatsbetrieb.

Dazu kommt noch vor allem, daß bei Einrichtung von industriellen Torfbetrieben auf den vorbezeichneten zunächst in Frage kommenden Flächen die Besiedlung derselben auf viele Jahre aufgehoben ist, ja, daß durch die verschiedenen Aufschnitte die Moorflächen derartig kreuz und quer durchschnitten werden, daß zunächst die Abtorfung fortgeführt und erst dann eine Besiedlung wieder möglich ist, wenn nicht mit großen Kosten die Verbindungen für die Besiedlung wieder hergestellt werden würden.

Für die unter 1 bis 3 bezeichneten Flächen liegen Besiedlungspläne bereits vor, taugliche Anwärter hierfür haben sich zur Genüge gemeldet.

Aus diesen vorgenannten Gründen erscheint es an der Zeit, das Für und Wider dieser Ausbeutung der staatlichen Hochmoore durch Beantwortung nachfolgender Fragen zu klären:

1. soll der Staat die Ausbeutung der staatlichen Hochmoore in eigener Verwaltung allein in die Wege leiten und betreiben,
2. soll der Staat die Ausbeutung gemeinsam mit einem Privatunternehmer oder einem Privatkonsortium in die Wege leiten und betreiben,
3. soll der Staat diese Ausbeutung mit einem Privatunternehmen oder einem Privatkonsortium unter Auferlegung gewisser Bedingungen bezüglich der Gewinnbeteiligung und der Abgabe gewisser Torfmengen auferlegen,
4. soll der Staat nach wie vor sein Hochmoor besiedeln und die Kolonisten neben der Landkultivierung einzeln oder genossenschaftlich zur größeren Erzeugung von Torfmengen mit Wort und Tat anregen und unterstützen.

Es wird zweckmäßig sein, zur Klärung aller aufzuwerfenden Fragen entsprechende Gutachten, Pläne und Kostenanschläge von berufenen Seiten anfertigen zu lassen. Erst dann wird möglich sein, ein endgültiges Urteil abzugeben. Die Besiedlung der unter 1 bis 4 genannten Moore unterbleibt bis zur völligen Klärung, was mit denselben geschehen soll. Demnach beantragt die Staatsregierung:

Der Landtag wolle aus den Mitteln der Landeskasse 10 000 M für Vorarbeiten zur Feststellung der zweckmäßigsten Verwertung der Moorflächen bewilligen.

Oldenburg, den 3. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Meyer.



Anlage 5.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

Die Lehrer an den Volksschulen werden zunächst widerruflich und erst nach einer Dienstzeit von 5 Jahren (bzw. 3 Jahren in den Landesteilen Birkenfeld und Lübeck) unwiderruflich angestellt. Mit der unwiderruflichen Anstellung erhöht sich das Gehalt. Die Einhaltung der Frist zwischen der widerruflichen und unwiderruflichen Anstellung kann für Kriegsteilnehmer Nachteile gegenüber ihren Altersgenossen, die nicht oder nur kurze Zeit zum Heeresdienst eingezogen gewesen sind, mit sich bringen. Es entspricht der Billigkeit, für die Kriegsteilnehmer einen Ausgleich zu ermöglichen. Das bezweckt der anliegende Gesetzentwurf. Er sieht eine Abkürzung der widerruflichen Dienstzeit um die Dauer des Kriegsdienstes, jedoch höchstens bis zu zwei Jahren, vor. An einer Dienstzeit von mindestens zwei Jahren muß festgehalten werden, da die Erprobung des Lehrers im Beruf für die unwiderrufliche Anstellung von erheblicher Bedeutung ist, eine kürzere Frist für diese Erprobung aber nicht ausreichend erscheint.

Die zwischen der Seminarreiseprüfung und der Meldung zur Hauptprüfung zurzeit vorgeschriebene Frist von drei Jahren wird im Verwaltungswege entsprechend abgekürzt werden.

Der Gesetzentwurf hat in dem Gesetz für den Freistaat Oldenburg, betreffend Abkürzung des juristischen Vorbereitungsdienstes für Kriegsteilnehmer, vom 5. Februar 1919 (Gesetzblatt für den Landesteil Oldenburg Seite 322) einen Vorgang.

Das Staatsministerium beantragt:

Der Landtag wolle dem anliegenden Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen.

Oldenburg, den 6. September 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Graepel.

Entwurf

eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betreffend
Abkürzung der widerruflichen Dienstzeit für Lehrer
an den Volksschulen.

Einziger Artikel.

Das Ministerium der Kirchen und Schulen wird ermächtigt, die Dienstzeit, während der die Lehrer an den Volksschulen widerruflich angestellt sind, für Kriegsteilnehmer um die Zeit des Kriegsdienstes, jedoch höchstens bis auf zwei Jahre, abzukürzen.

Was als Kriegsdienst anzusehen ist, entscheidet das Ministerium.



Anlage 6.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

Dem Ersuchen des Landtags gemäß läßt das Staatsministerium dem Landtage hierneben eine Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Landesteils Oldenburg im Jahre 1916/17 und der Gemeinden der Landesteile Lübeck und Birkenfeld für 1916 zugehen.

Oldenburg, den 11. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Driver.



Ertrag der Steuern der Gemeinden

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden und Ämter	Ertrag der Steuern im								
		Staatssteuern				Kommunalsteuern einschl. des Geldwertes (Hand- und				
		Grund- und Gebäudesteuer M	Einkommensteuer M	Vermögenssteuer M	Zusammen M	Politische Verwaltung M	Armenverwaltung M	Schulverwaltung M	Kirchenverwaltung M	Reich- und Reichsämter M
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
1	Stadt Oldenburg	41 437	712 602	205 254	959 293	980 155	54 208	489 651	126 902	—
2	Eversten	6 500	50 970	14 792	72 262	76 291	20 638	68 746	18 112	—
3	Dhmstede	7 256	77 304	21 905	106 465	84 457	24 058	109 175	20 158	17 407
4	Dsterenburg	8 831	86 522	16 405	111 758	224 984	27 631	107 862	15 543	740
5	Holle	2 285	14 982	6 313	23 580	25 231	6 026	9 627	7 494	4 778 ¹
6	Wardenburg	4 253	17 634	8 000	29 887	43 601	6 228	24 105	3 320	—
7	Hatten	3 174	13 649	6 318	23 141	37 398	7 010	20 912	4 284	—
8	Kastede	6 348	60 112	28 426	94 886	76 183	21 188	52 414	9 072	3 849
9	Wiefelstede	3 001	21 029	12 760	36 790	47 467	6 830	22 171	3 465	—
10	Amt Oldenburg zusammen	41 648	342 202	114 919	498 769	615 612	119 609	415 012	81 448	26 774
11	Westerstede	7 609	73 986	28 758	110 353	168 524	10 684	96 060	18 240	—
12	Alpen	3 738	52 669	13 163	69 570	82 348	10 919	45 659	9 868	—
13	Zwischenahn	5 132	90 715	21 418	117 265	159 667	26 273	110 818	17 365	—
14	Edewecht	3 041	40 066	13 787	56 894	66 835	5 495	39 679	5 925	—
15	Amt Westerstede zusammen	19 520	257 436	77 126	354 082	477 374	53 371	292 216	51 398	—
16	Stadt Varel	6 294	169 540	33 361	209 195	261 260	29 085	109 400	17 404	744
17	Landgemeinde Varel	9 842	61 273	23 005	94 120	62 447	30 847	92 958	13 031	6 997
18	Bochhorn	4 815	34 470	13 516	52 801	42 975	15 794	47 958	6 016	3 612
19	Zetel	4 013	38 882	12 733	55 628	29 369	3 762	49 184	7 629	2 494
20	Neuenburg	1 180	11 951	4 018	17 149	23 029	1 177	12 970	5 598	571
21	Schweiburg	2 555	23 980	6 929	33 464	50 090	6 671	16 822	3 972	3 668
22	Jade	6 444	31 491	10 157	48 092	38 125	11 644	32 556	6 449	13 194
23	Amt Varel zusammen	28 849	202 047	70 358	301 254	246 035	69 895	252 448	42 695	30 536
24	Stadt Sever	6 108	126 269	33 536	165 913	120 004	25 096	102 415	10 858	3 055
25	Clevers	990	3 154	1 432	5 576	6 483	272	5 184	1 344	1 266
26	Sandel	621	2 953	1 495	5 069	5 148	—	3 326	757	2 500
27	Schortens	3 693	28 067	5 782	37 542	42 919	18 540	43 715	9 506	3 422
28	Sillenstede	2 502	11 997	5 625	20 124	23 201	4 471	7 160	1 669	3 797
29	Sande	4 158	27 250	7 541	38 949	19 261	5 244	20 874	3 252	1 739
30	Accum	1 629	6 214	2 955	10 798	11 028 ²	2 529	5 165	2 290	1 583
31	Fedderwarden	3 062	18 835	4 787	26 684	30 746	12 396	18 740	2 531	2 891
32	Sengwarden	3 658	17 924	6 979	28 561	26 080	1 800	9 534	3 132	4 549
33	Bakens	1 732	7 996	2 153	11 881	11 451	2 032	5 734	1 603	1 898
34	Waddewarden	3 476	9 112	2 842	15 430	15 875	2 189	6 254	—	3 922
35	Oldorf	1 391	4 242	1 275	6 908	9 989	482	3 563	1 100	1 623
36	Wüppels	1 589	4 215	1 206	7 010	5 908	1 648	4 777	60	1 672

des Herzogtums im Jahre 1916/17.

Jahre 1916/17 der Naturalleistungen Spanndienste)			Von den Steuern kommen										Die Kommunal- steuern betragen % der Staats- steuern		Bemerkungen	Laufende Nr.
Zusammen	davon nach dem		Staats- und Kommunalsteuern Zusammen	auf 1 Einwohner			auf					vom Grund- besitz	vom Ein- kommen			
	Grund- besitz	Ein- kommen		Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zusammen	die Staats- steuern	die Kommu- nalsteuern	den Grund- besitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen					
M	%	%	M	M	M	M	%	%	%	%	%	%	%			
12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	
1 650 916	18,0	82,0	2 610 209	32	54	86	36,8	63,2	13,0	79,1	7,9	720,4	189,8		1	
183 787	21,0	79,0	256 049	9	22	31	28,2	71,8	17,6	76,6	5,8	594,8	284,7		2	
255 255	21,0	79,0	361 720	14	33	47	29,4	70,6	16,9	77,1	6,0	740,4	260,7		3	
376 760	25,3	74,7	488 518	9	32	41	22,9	77,1	21,3	75,3	3,4	107,9	325,4		4	
53 156	44,0	56,0	76 736	16	37	53	30,7	69,3	33,5	58,3	8,2	1022,9	198,8	¹ Darunter für Hand- und Spanndienste 202 M.	5	
77 254	31,5	68,5	107 141	8	21	29	27,9	72,1	26,6	65,9	7,5	571,1	300,3		6	
69 604	38,3	61,7	92 745	9	27	36	25,0	75,0	32,1	61,1	6,8	839,2	314,8		7	
162 706	19,1	80,9	257 592	15	25	40	36,8	63,2	14,5	74,5	11,0	489,7	218,9		8	
79 933	20,3	79,7	116 723	11	25	36	31,5	68,5	16,5	72,6	10,9	540,1	303,0		9	
1 258 455	24,6	75,4	1 757 224	11	28	39	28,4	71,6	20,0	73,5	6,5	742,5	277,4		10	
293 508	24,5	75,5	403 861	15	39	54	27,3	72,7	19,7	73,2	7,1	943,7	299,7		11	
148 794	23,5	76,5	218 364	13	29	42	31,9	68,1	17,8	76,2	6,0	936,8	216,0		12	
314 123	11,9	88,1	431 388	19	51	70	27,2	72,8	9,9	85,2	4,9	730,0	305,0		13	
117 934	21,6	78,4	174 828	14	30	44	32,5	67,5	16,3	75,8	7,9	836,9	230,8		14	
874 359	19,4	80,6	1 228 441	16	38	54	28,8	71,2	15,4	78,3	6,3	869,5	273,7	15		
417 893	14,4	85,6	627 088	32	63	95	33,3	66,7	10,6	84,1	5,3	955,8	211,0	16		
206 280	23,4	76,6	300 400	14	32	46	31,3	68,7	19,4	73,0	7,6	491,1	257,8	17		
116 355	24,2	75,8	169 156	14	31	45	31,2	68,8	19,5	72,5	8,0	584,4	255,9	18		
92 438	23,8	76,2	148 066	17	27	44	37,6	62,4	17,6	73,8	8,6	547,4	181,2	19		
43 345	22,6	77,4	60 494	10	27	37	28,3	71,7	18,1	75,2	6,7	829,7	280,8	20		
81 223	33,8	66,2	114 687	21	52	73	29,2	70,8	26,2	67,8	6,0	1074,0	224,3	21		
101 968	41,1	58,9	150 060	17	35	52	32,0	68,0	32,2	61,0	6,8	650,7	190,7	22		
641 609	27,6	72,4	942 863	15	33	48	32,0	68,0	21,9	70,6	7,5	615,6	229,7	23		
261 428	14,0	86,0	427 341	29	45	74	38,8	61,2	10,0	82,1	7,9	601,2	178,0	24		
14 549	48,3	51,7	20 125	9	23	32	27,7	72,3	39,9	53,0	7,1	710,5	238,3	25		
11 731	56,8	43,2	16 800	15	33	48	30,2	69,8	43,3	47,8	8,9	1072,6	171,7	26		
118 102	24,3	75,7	155 644	12	36	48	24,1	75,9	20,9	75,4	3,7	778,9	318,3	27		
40 298	34,7	65,3	60 422	18	36	54	33,3	66,7	27,3	63,4	9,3	559,0	219,3	28		
50 370	24,7	75,3	89 319	18	23	41	43,6	56,4	18,6	73,0	8,4	299,4	139,2	29		
22 595	41,9	58,1	33 393	20	42	62	32,3	67,7	33,3	57,9	8,8	581,6	211,1	² Darunter für Hand- und Spanndienste 400 M.	30	
67 304	31,0	69,0	93 988	14	35	49	28,4	71,6	25,4	69,5	5,1	681,1	246,6		31	
45 095	46,1	53,9	73 656	21	34	55	38,8	61,2	33,2	57,3	9,5	568,3	135,6		32	
22 718	37,0	63,0	34 599	19	35	54	34,3	65,7	29,3	64,5	6,2	485,3	179,0		33	
28 240	50,5	49,5	43 670	22	40	62	35,3	64,7	40,6	52,9	6,5	410,6	153,3		34	
16 757	48,8	51,2	23 665	22	55	77	29,2	70,8	40,4	54,2	5,4	587,8	202,3		35	
14 065	48,8	51,2	21 075	23	45	68	33,3	66,7	40,1	54,2	5,7	432,3	170,7		36	

1*

Anlage 6.

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden und Ämter	Ertrag der Steuern im								
		Staatssteuern				Kommunalsteuern einschl. des Geldwerts (Hand- und				
		Grund- und Gebäude- steuer M	Einkommen- steuer M	Vermögens- steuer M	Zusammen M	Politische Verwaltung M	Armen- verwaltung M	Schul- verwaltung M	Kirchen- verwaltung M	Reich- und Zielsteuern M
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
37	St. Zoost	1 258	4 417	1 147	6 822	8 122	258	4 889	51	1 082
38	Warden	2 876	8 378	2 802	14 056	11 223	2 012	5 922	1 061	2 503
39	Winsen	2 722	9 453	2 959	15 134	14 529	2 277	9 132	1 368	2 959
40	Wangerooze	623	2 847	806	4 276	8 022	545	1 876	1 467	—
41	Hohenkirchen	5 967	26 385	7 951	40 303	31 846	—	16 824	2 053	6 770
42	Widdoge	1 931	7 355	2 204	11 490	9 992	2 517	7 882	539	2 307
43	Tettens	3 983	19 000	6 000	28 983	18 102	3 947	16 486	3 022	5 232
44	Wiefels	1 415	5 657	2 363	9 435	6 934	308	3 383	1 100	1 889
45	Westrum	489	2 421	530	3 440	1 697	142	2 432	517	823
46	Amt Zeven zusammen . .	49 765	227 872	70 834	348 471	318 556	63 609	202 852	38 422	54 427
47	Stadt Rüstringen	27 685	679 759	52 442	759 886	771 456	76 369	552 343	106 946	15 382
48	Abbehausen	6 146	32 215	8 980	47 341	68 470	4 824	34 728	2 862	6 027
49	Stollhamm	5 504	24 105	9 893	39 502	77 230	—	18 434	—	11 634
50	Eckwarden	2 423	10 734	2 463	15 620	32 652	3 028	7 897	1 359	8 840
51	Toffens	1 273	5 715	1 939	8 927	15 331	1 103	5 491	2 181	3 650
52	Langwarden	5 363	24 230	6 290	35 883	67 772	9 199	25 009	4 153	19 794
53	Burharve	3 987	18 870	7 159	30 016	59 565	9 626	12 550	4 892	12 965
54	Waddens	1 582	7 907	2 215	11 704	16 102	2 373	7 108	1 570	4 938
55	Blegen	11 520	52 979	8 373	72 872	67 939	22 119	81 197	—	17 339
56	Stadt Nordenham	10 966	104 254	11 362	126 582	176 401	25 359	139 370	12 040	4 165
57	Ejenshamm	4 824	24 585	8 209	37 618	46 151	859	24 441	3 685	5 283
58	Seefeld	3 395	25 650	6 014	35 059	74 086	7 029	21 797	4 259	10 218
59	Amt Butjadingen zusammen	56 983	331 244	72 897	461 124	701 699	85 519	378 022	37 001	104 853
60	Stadt Brake	7 162	67 039	16 376	90 577	113 705	15 970	124 076	13 747	3 513
61	Hammelwarden	5 193	36 772	10 706	52 671	22 682	9 299	31 733	4 427	12 573
62	Golzwarden	3 340	13 318	5 458	22 116	10 908	2 593	9 731	5 528	4 116
63	Ovelgönne	1 219	11 220	3 983	16 422	9 137	—	6 108	3 998	1 369
64	Strückhausen	8 281	50 245	13 973	72 499	57 554	10 730	27 227	6 948	10 855
65	Rodenkirchen	6 934	38 232	17 570	62 736	47 840	15 259	34 957	3 834	7 899
66	Schwei	4 518	26 368	10 363	41 249	41 426	6 627	25 447	—	7 644
67	Dedesdorf	6 127	21 639	13 938	41 704	26 314	5 444	20 278	4 607	14 965
68	Amt Brake zusammen . .	42 774	264 833	92 367	399 974	329 566	65 922	279 557	43 089	62 934
69	Stadt Eslfleth	2 068	22 313	7 975	32 356	32 440	6 692	37 119	6 497	2 273
70	Landgemeinde Eslfleth . .	3 216	18 693	5 925	27 834	13 839	3 654	11 248	3 615	2 344
71	Altenhuntof	2 358	11 298	4 889	18 545	8 431	2 250	10 069	3 472	2 509
72	Bardenfleth	4 756	19 946	10 034	34 736	9 809	990	14 434	3 353	5 883
73	Neuenbrof	1 563	4 564	2 406	8 533	6 697	—	4 673	1 700	4 766
74	Großenmeer	2 238	14 456	4 713	21 407	11 368	1 212	7 120	2 865	3 080
75	Oldenbrof	4 054	18 661	5 522	28 237	22 284	5 119	19 196	2 577	13 902
76	Berne	8 096	44 829	15 617	68 542	59 853	10 971	48 526	6 521	14 487
77	Neuenhuntof	1 534	5 497	3 163	10 194	13 873	—	4 153	2 089	5 122

Jahre 1916/17 der Naturalleistungen Spanndienste)			Von den Steuern kommen										Die Kommunal- steuern betragen % der Staats- steuern		Bemerkungen	Laufende Nr.
Zusammen	davon nach dem		Staats- und Kommunalsteuern zusammen	auf 1 Einwohner			auf					vom Grund- besitz	vom Ein- kommen			
	Grund- besitz	Ein- kommen		Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zusammen	die Staats- steuern	die Kommu- nalsteuern	den Grund- besitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen					
M	%	%	M	M	M	M	%	%	%	%	%	%	%			
12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	
14 402	50,4	49,6	21 224	26	56	82	32,1	67,9	40,2	54,4	5,4	577,5	161,6		37	
22 721	47,4	52,6	36 777	23	38	61	38,2	61,8	37,1	55,3	7,6	374,5	142,6		38	
30 265	39,7	60,3	45 399	18	37	55	33,3	66,7	32,5	61,0	6,5	441,7	193,0		39	
11 910	23,0	77,0	16 186	8	21	29	26,4	73,6	20,8	74,2	5,0	440,0	322,1		40	
57 493	49,9	50,1	97 796	25	35	60	41,2	58,8	35,5	56,4	8,1	481,2	109,1		41	
23 237	43,8	56,2	34 727	26	53	79	33,1	66,9	34,9	58,8	6,3	526,9	177,6		42	
46 789	45,0	55,0	75 772	23	37	60	38,2	61,8	33,1	59,0	7,9	529,0	135,4		43	
13 614	45,4	54,6	23 049	30	44	74	40,9	59,1	33,0	56,8	10,2	437,0	131,4		44	
5 611	46,3	53,7	9 051	35	56	91	38,0	62,0	34,1	60,0	5,9	531,3	124,5		45	
677 866	38,3	61,7	1 026 337	18	35	53	34,0	66,0	30,1	63,0	6,9	521,0	183,7		46	
1 522 496	18,0	82,0	2 282 382	16	32	48	33,3	66,7	13,2	84,5	2,3	991,0	183,6		47	
116 911	29,4	70,6	164 252	21	52	73	28,8	71,2	24,6	69,9	5,5	558,5	256,4		48	
107 298	41,5	58,5	146 800	28	75	103	26,9	73,1	34,1	59,2	6,7	809,4	260,3		49	
53 776	45,7	54,3	69 396	22	74	96	22,5	77,5	38,9	57,6	3,5	1013,3	272,3		50	
27 756	57,3	42,7	36 683	20	62	82	24,3	75,7	46,8	47,9	5,3	1248,0	207,7		51	
125 927	45,3	54,7	161 810	24	83	107	22,2	77,8	38,6	57,5	3,9	1063,7	284,3		52	
99 598	40,5	59,5	129 614	22	72	94	23,2	76,8	34,2	60,3	5,5	1011,0	314,2		53	
32 091	38,4	61,6	43 795	24	68	92	26,7	73,3	31,7	63,2	5,1	778,6	250,1		54	
188 594	31,0	69,0	261 466	16	42	58	27,9	72,1	26,7	70,1	3,2	507,2	245,7		55	
357 335	14,3	85,7	483 917	16	45	61	26,2	73,8	12,9	84,8	2,3	467,3	293,6		56	
80 419	34,1	65,9	118 037	33	70	103	31,9	68,1	27,3	65,8	6,9	567,7	215,7		57	
117 389	39,9	60,1	152 448	21	72	93	23,0	77,0	32,9	63,1	4,0	1379,1	275,1		58	
1 307 094	31,6	68,4	1 768 218	20	56	76	26,1	73,9	26,6	69,3	4,1	724,5	270,0		59	
271 011	25,9	74,1	361 588	17	50	67	25,0	75,0	21,4	74,0	4,6	981,7	299,4		60	
80 714	34,3	65,7	133 385	18	29	47	39,5	60,5	24,7	67,3	8,0	533,2	144,2		61	
32 876	39,0	61,0	54 992	10	15	25	40,0	60,0	29,4	60,7	9,9	383,9	150,6		62	
20 612	27,3	72,7	37 034	30	37	67	44,0	56,0	18,5	70,7	10,8	461,9	133,5		63	
113 314	36,1	63,9	185 813	27	42	69	39,0	61,0	26,5	66,0	7,5	494,3	144,1		64	
109 789	32,4	67,6	172 525	25	44	69	36,4	63,6	24,6	65,2	10,2	512,8	194,2		65	
81 144	35,3	64,7	122 393	22	44	66	33,7	66,3	27,1	64,4	8,5	633,2	199,2		66	
71 608	44,4	55,6	113 312	30	51	81	36,8	63,2	33,4	54,3	12,3	518,6	184,1		67	
781 068	32,4	67,6	1 181 042	21	40	61	33,9	66,1	25,1	67,1	7,8	592,2	199,3		68	
85 021	22,2	77,8	117 377	14	38	52	27,6	72,4	17,9	75,3	6,8	914,6	296,3		69	
34 700	34,5	65,5	62 534	27	34	61	44,5	55,5	24,3	66,2	9,5	372,7	121,5		70	
26 731	28,0	72,0	45 276	19	27	46	41,0	59,0	21,7	67,5	10,8	317,1	170,4		71	
34 469	42,1	57,9	69 205	26	26	52	50,2	49,8	27,9	57,6	14,5	305,5	100,0		72	
17 836	52,9	47,1	26 369	18	38	56	32,4	67,6	41,7	49,2	9,1	603,3	184,2		73	
25 645	37,5	62,5	47 052	19	22	41	45,5	54,5	25,2	64,8	10,0	429,7	110,9		74	
63 078	44,3	55,7	91 315	26	59	85	30,9	69,1	35,0	58,9	6,1	688,6	188,4		75	
140 358	41,1	58,9	208 900	20	41	61	32,8	67,2	31,5	61,0	7,5	712,9	184,3		76	
25 237	74,2	25,8	35 431	16	41	57	28,8	71,2	57,2	33,9	8,9	1220,5	118,5		77	

Anlage 6.

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden und Ämter	Ertrag der Steuern im								
		Staatssteuern				Kommunalsteuern einschl. des Geldwerts (Hand- und				
		Grund- und Gebäudesteuer	Einkommensteuer	Vermögenssteuer	Zusammen	Politische Verwaltung	Armenverwaltung	Schulverwaltung	Kirchenverwaltung	Deich- und Sielächten
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
117	Löningen	5 953	36 897	17 887	60 737	26 162	11 087	42 765	7 910	—
118	Essen	4 516	36 900	12 734	54 150	22 046	7 336	39 704	8 477	—
119	Lastrup	3 674	21 800	9 500	34 974	17 134	3 092	18 237	4 291	—
120	Lindern	2 345	11 891	5 885	20 121	9 270	3 943	17 201	3 298	—
121	Amt Cloppenburg zusammen	35 828	237 519	94 124	367 471	292 545	43 651	262 458	57 506	—
122	Stadt Friesoythe	1 652	14 864	5 154	21 670	24 119	774	15 396	2 555	—
123	Altenoythe	1 260	6 105	2 496	9 861	6 608	2 159	7 833	164	—
124	Böfel	1 513	4 846	2 813	9 172	10 010	720	6 096	3 124	—
125	Markhausen	497	3 171	1 096	4 764	7 429	—	3 243	551	—
126	Neuscharrel	369	2 165	904	3 438	4 842	—	2 385	426	—
127	Scharrel	918	4 595	1 971	7 484	4 461	—	5 160	760	—
128	Ramsloh	804	3 991	1 960	6 755	9 402	1 338	5 320	2 701	—
129	Strücklingen	890	7 170	2 600	10 660	11 602	6 681	15 436	5 909	—
130	Varjel	1 792	13 205	4 091	19 088	21 746	6 747	22 164	4 515	—
131	Amt Friesoythe zusammen	9 695	60 112	23 085	92 892	100 219	18 419	83 033	20 705	—
Herzogtum Oldenburg zusammen		508 995	4545163	1242947	6297105	6665157	992 393	4520069	854 136	386 347



Jahre 1916/17 der Naturalleistungen (Spanndienste)			Von den Steuern kommen										Die Kommunal- steuern betragen % der Staats- steuern	Bemerkungen	Laufende Nr.
Zusammen	davon nach dem		Staats- und Kommunalsteuern zusammen	auf 1 Einwohner			auf								
	Grund- beitz	Ein- kommen		Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zusammen	die Staats- steuern	die Kommu- nalsteuern	den Grund- beitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen	vom Grund- beitz			
M	%	%	M	M	M	M	%	%	%	%	%	%	%	%	
12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.
87 924	19,1	80,9	148 661	11	15	26	40,8	59,2	15,3	72,7	12,0	281,5	192,9		117
77 563	22,1	77,9	131 713	14	20	34	41,1	58,9	16,5	73,9	9,6	380,4	163,6		118
42 754	37,5	62,5	77 728	14	17	31	45,0	55,0	25,4	62,4	12,2	436,8	122,5		119
33 712	15,0	85,0	53 833	9	15	24	37,4	62,6	13,8	75,3	10,9	216,4	240,8		120
656 160	29,7	70,3	1 023 631	12	22	34	35,9	64,1	22,5	68,3	9,2	543,5	194,3		121
42 844	23,1	76,9	64 514	11	21	32	33,6	66,4	17,9	74,1	8,0	600,0	221,6		122
16 764	27,9	72,1	26 625	9	15	24	37,0	63,0	22,3	68,3	9,4	371,5	197,9		123
19 950	48,8	51,2	29 122	7	15	22	31,5	68,5	38,6	51,7	9,7	643,8	210,7		124
11 223	39,8	60,2	15 987	6	15	21	29,8	70,2	31,1	62,1	6,8	899,6	212,9		125
7 653	39,2	60,8	11 091	7	16	23	30,0	70,0	30,4	61,5	8,1	813,0	214,9		126
10 381	41,7	58,3	17 865	7	10	17	41,9	58,1	29,4	59,6	11,0	471,9	131,6		127
18 761	29,0	71,0	25 516	7	18	25	26,5	73,5	24,5	67,8	7,7	676,0	333,9		128
39 628	20,5	79,5	50 288	4	14	18	21,2	78,8	17,9	76,9	5,2	911,7	439,5		129
55 172	34,8	65,2	74 260	7	19	26	25,7	74,3	28,3	66,2	5,5	1 072,3	272,3		130
222 376	31,0	69,0	315 268	7	17	24	29,5	70,5	24,9	67,8	7,3	710,7	255,3		131
13 418 102	24,8	75,2	19 715 207	16	34	50	31,9	68,1	19,5	74,2	6,3	653,8	222,0		

Ertrag der Steuern der Gemeinden des

Laufende Nummer	Namen der Gemeinden	Ertrag der Steuern im Jahre 1916												
		Staatssteuern					Kommunalsteuern einschl. des Geldwertes der Naturalleistungen (Hand- und Spanndienste)							Staats- und Kommunalsteuern zusammen
		Grund- steuer	Gebäude- steuer	Einkommen- steuer	Vermögens- steuer	Zusammen	Politische Verwaltung	Armen- Verwaltung	Schul- Verwaltung	Kirchende- wittig.	Zusammen	Davon nach dem		
												Grund- besitz	Ein- kom- men	
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	%	%	M	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
1	Stadt Cutin . . .	485	8504	97 470	24 306	130 765	130 664	10 813	103 110	—	244 587	15,7	84,3	375 352
2	Landgem. Cutin . . .	2982	1776	19 351	5 544	29 653	25 424	9 760	19 520	—	54 704	27,2	72,8	84 357
3	Bosau	3139	1408	15 589	4 571	24 707	11 563	3 436	16 422	—	31 421	20,7	79,3	56 128
4	Malente	1311	5447	33 186	12 494	52 438	32 848	7 795	31 845	—	72 488	30,7	69,3	124 926
5	Neufirchen	1536	903	9 547	2 201	14 187	5 213	741	11 674	—	17 628	15,4	84,6	31 815
6	Redingsdorf	952	533	7 230	1 865	10 580	5 538	1 040	7 966	—	14 544	21,7	78,3	25 124
7	Stadt Schwartau	159	4966	64 710	14 944	84 779	67 855	22 524	50 678	—	141 057	17,9	82,1	225 836
8	West-Ratekau	2591	4679	29 418	7 741	44 429	33 733	12 007	22 000	—	67 740	19,5	80,5	112 169
9	Ost-Ratekau	1292	1848	13 405	4 194	20 739	26 823	1 646	5 339	—	33 808	30,1	69,9	54 547
10	Kensfeld	1627	2002	20 158	4 842	28 629	12 066	7 238	18 925	—	38 229	15,8	84,2	66 858
11	Obermohlbe	1030	333	3 867	1 126	6 356	6 742	740	3 347	—	10 829	40,5	59,5	17 185
12	Stoekelsdorf	1360	2584	28 218	5 813	37 975	23 833	11 187	29 739	—	64 759	12,5	87,5	102 734
13	Stadt Ahrensböck	343	1362	32 268	2 931	36 904	34 634	3 102	24 851	—	62 587	7,5	92,5	99 491
14	Landgemeinde Ahrensböck	2391	866	10 957	2 550	16 764	15 542	4 986	9 839	—	30 367	24,6	75,4	47 131
15	Siblin	2487	1057	14 579	4 900	23 023	8 169	2 261	11 300	—	21 730	18,8	81,2	44 753
16	Süfel	1441	1162	11 114	2 856	16 573	10 393	3 654	11 208	—	25 255	19,6	80,4	41 828
17	Gniffau	1015	468	7 936	2 086	11 505	7 115	547	3 284	—	10 946	16,7	83,3	22 451
18	Gleschendorf	1757	2015	13 883	4 885	22 540	10 820	4 000	10 000	—	24 820	27,6	72,4	47 360
19	Curau	1724	612	10 641	2 501	15 478	9 675	1 800	7 069	—	18 544	28,6	71,4	34 022
Fürstentum Lübeck zusf.		29 622	42 525	443 527	112 350	628 024	478 650	109 277	398 116	—	986 043	19,3	80,7	1 614 067

Fürstentum Lübeck im Jahre 1916.

Von den Steuern kommen								Die Kommunalsteuern betragen % der Staatssteuern		Bemerkungen	Laufende Nummer
auf 1 Einwohner			auf					vom Grundbesitz	vom Einkommen		
Staatssteuern	Kommunalsteuern	Zusammen	die Staatssteuern	die Kommunalsteuern	den Grundbesitz	das Einkommen	das Vermögen				
M	M	M	%	%	%	%	%	%	%	26.	27.
16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.		
21	39	60	34,8	65,2	12,6	80,9	6,5	426,9	211,5	Die Dorfschaften und Wegegemeinden haben in der Nachweisung nicht berücksichtigt werden können, weil bei ihnen ein geordnetes Rechnungswesen nicht besteht. Spalte 11: Von einer Ausfüllung dieser Spalte ist abgesehen. Sie ist nur für solche Kirchengemeinden, die ausschließlich dem Fürstentum angehören, ausführbar. Bei einer Berücksichtigung dieser Kirchengemeinden allein würde das Bild der Gesamtbelastung der einzelnen Gemeinden im Verhältnis zueinander unrichtig werden.	1
11	21	32	35,2	64,8	23,3	70,1	6,6	313,2	205,7		2
12	15	27	44,0	56,0	19,7	72,2	8,1	143,0	159,8		3
17	25	42	42,0	58,0	23,2	66,8	10,0	329,0	151,4		4
10	13	23	44,6	55,4	16,2	76,9	6,9	111,0	156,3		5
12	17	29	42,1	57,9	18,5	74,1	7,4	212,1	157,6		6
25	42	67	37,5	62,5	13,4	80,0	6,6	491,1	179,1		7
12	19	31	39,6	60,4	18,2	74,8	7,0	181,8	185,3		8
16	26	42	38,0	62,0	24,4	67,9	7,7	324,1	177,1		9
10	13	23	42,8	57,2	14,5	78,3	7,2	166,8	159,6		10
12	20	32	37,0	63,0	33,5	60,0	6,5	322,1	166,5		11
10	16	26	37,0	63,0	11,7	82,6	5,7	204,5	200,9		12
21	36	57	37,1	62,9	6,4	90,6	3,0	275,4	179,4		13
14	26	40	35,6	64,4	22,8	71,8	5,4	229,3	209,0		14
16	16	32	51,4	48,6	17,0	72,0	11,0	115,2	121,0		15
10	16	26	39,6	60,4	18,1	75,1	6,8	190,2	182,7		16
15	14	29	51,2	48,8	14,7	76,0	9,3	122,9	115,0		17
13	14	27	47,6	52,4	22,6	67,1	10,3	184,0	128,8		18
15	18	33	45,5	54,5	22,4	70,2	7,4	226,6	124,5		19
15	24	39	38,9	61,1	16,2	76,8	7,0	263,7	179,4		

Ertrag der Steuern der Gemeinden

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden	Ertrag der Steuern						
		Staatssteuern				Kommunalsteuern (einschließlich der Natural-		
		Grund- und Gebäude- steuer M	Einkommen- steuer M	Vermögens- steuer M	Zu- sammen M	Politische Ver- waltung einschl. der Armen- und Schul- verwaltung M	Kirchen- verwaltung M	Zu- sammen M
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.

Bürgermeisterei								
1	Abentheuer	230	3400	817	4447	4416	926	5342
2	Achtelsbach	423	2950	1045	4418	1915	1237	3152
3	Birkenfeld	2393	24658	6080	33131	60123	5758	65881
4	Brücken	835	8011	1489	10335	10486	1355	11841
5	Buhlberg	403	2474	698	3575	4600	768	5368
6	Burgbirkenfeld	84	644	126	854	1743	198	1941
7	Dambach	193	937	311	1441	3074	576	3650
8	Dienstweiler	470	2220	939	3629	3446	783	4229
9	Ellenberg	161	905	337	1403	285	283	568
10	Feckweiler	121	780	199	1100	1291	260	1551
11	Gollenberg	284	1476	524	2284	298	457	755
12	Hoppstädten	1100	8888	2413	12401	20398	475	20873
13	Neckenbach	174	1216	398	1788	1809	660	2469
14	Nohen	648	2915	922	4485	2411	1125	3536
15	Rimsberg	248	1245	330	1823	2384	476	2860
16	Rinzenberg	295	1506	548	2349	523	458	981
17	Traunen	163	902	319	1384	1208	500	1708
18	Weiersbach	389	2706	623	3718	5932	—	5932
	Zusammen	8614	67833	18118	94565	126342	16295	142637

Bürgermeisterei								
1	Böschweiler	165	1139	362	1666	2983	547	3530
2	Burbach	208	931	338	1477	3226	487	3713
3	Eckweiler	159	747	264	1170	1398	357	1755
4	Hambach	227	888	248	1363	2752	421	3173
5	Hattgenstein	401	1518	457	2376	1770	5	1775
6	Heupweiler	147	997	316	1460	2149	472	2621
7	Hußweiler	146	752	278	1176	2542	378	2920
8	Kronweiler	330	2129	507	2966	4521	849	5370
9	Leifel	571	2182	562	3315	6501	4	6505
10	Niederbrombach	633	2937	818	4388	6762	1228	7990
11	Rockental	123	478	150	751	161	223	384
12	Oberbrombach	570	2301	638	3509	922	1054	1976
13	Röhweiler	194	916	203	1313	2333	405	2738
14	Schmiffberg	139	539	186	864	1390	281	1671
15	Schwoffen	439	2021	626	3086	1533	6	1539
16	Siesbach	394	1580	480	2454	4363	519	4882
17	Sonnenberg	143	650	155	948	2850	299	3149
18	Wilzenberg	179	1256	407	1842	3640	573	4213
19	Winnenberg	73	475	125	673	1913	227	2140
	Zusammen	5241	24436	7120	36797	53709	8335	62044

des Fürstentums Birkenfeld im Jahre 1916.

im Jahre 1916			Von den erhobenen Steuern kommen								Die Kommunalsteuern betragen % der Staatssteuern		Be- merkungen	Laufende Nr.
des Geldwerts leistungen)		Staats- und Kommunalsteuern zusammen	auf 1 Einwohner			auf					vom Grund- besitz	vom Ein- kommen		
davon nach dem			Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zu- sammen	die Staats- steuern	die Kommu- nalsteuern	den Grund- besitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen				
Grund- besitz	Ein- kommen										%	%		
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.

Birkenfeld.

24,5	75,5	9789	14	17	31	45,4	54,6	15,7	75,9	8,4	568,7	118,7		1
49,6	50,4	7570	11	8	19	58,4	41,6	26,3	59,9	13,8	370,0	53,8		2
27,7	72,3	99012	14	29	43	33,5	66,5	20,9	72,9	6,2	765,2	193,0		3
30,6	69,4	22176	17	20	37	46,6	53,4	20,1	73,2	6,7	434,5	102,5		4
44,5	55,5	8943	8	13	21	40,0	60,0	31,2	61,0	7,8	592,3	120,5		5
38,3	61,7	2795	7	16	23	30,5	69,5	29,6	65,9	4,5	884,4	186,0		6
48,0	52,0	5091	10	26	36	28,3	71,7	38,2	55,7	6,1	907,3	202,7		7
55,0	45,0	7858	23	27	50	46,2	53,8	35,6	52,5	11,9	494,7	85,1		8
66,6	33,4	1971	16	6	22	71,2	28,8	27,3	55,6	17,1	234,8	21,0		9
39,3	60,7	2651	7	10	17	41,5	58,5	27,6	64,9	7,5	504,1	120,6		10
62,3	37,7	3039	20	6	26	75,2	24,8	24,8	58,0	17,2	165,5	19,2		11
33,5	66,5	33274	11	18	29	37,2	62,8	24,3	68,4	7,2	636,0	156,1		12
45,9	54,1	4257	13	17	30	42,0	58,0	30,7	60,0	9,3	651,1	109,9		13
60,9	39,1	8021	12	10	22	55,9	44,1	34,9	53,6	11,5	332,6	45,2		14
44,3	55,7	4683	14	23	37	38,9	61,1	32,4	60,6	7,0	511,3	127,9		15
67,9	32,1	3330	12	6	18	70,5	29,5	28,8	54,7	16,5	225,8	20,9		16
63,4	36,6	3092	13	17	30	44,8	55,2	40,3	49,4	10,3	663,8	69,4		17
43,9	56,1	9650	11	17	28	38,5	61,5	31,0	62,5	6,5	669,2	122,9		18
34,6	65,4	237202	13	20	33	39,9	60,1	24,4	67,9	7,7	572,9	137,5		19

Niederbrombach.

38,6	61,4	5196	16	33	49	32,1	67,9	29,4	63,6	7,0	826,1	190,3		1
52,3	47,7	5190	14	35	49	28,5	71,5	41,5	52,0	6,5	934,1	190,0		2
43,8	56,2	2925	12	19	31	40,0	60,0	31,7	59,3	9,0	483,0	132,1		3
36,5	63,5	4536	9	20	29	30,0	70,0	30,6	63,9	5,5	511,0	226,7		4
57,0	43,0	4151	12	9	21	57,2	42,8	34,0	55,0	11,0	252,4	50,3		5
38,8	61,2	4081	21	38	59	35,8	64,2	28,5	63,7	7,7	692,5	160,8		6
53,7	46,3	4096	11	27	38	28,7	71,3	41,8	51,4	6,8	1073,3	180,0		7
37,1	62,9	8336	8	15	23	35,6	64,4	27,8	66,1	6,1	603,7	158,7		8
41,2	58,8	9820	8	15	23	33,8	66,2	33,1	61,2	5,7	469,9	175,2		9
29,3	70,7	12378	11	20	31	35,5	64,5	24,0	69,4	6,6	369,5	192,4		10
60,4	39,6	1135	10	5	15	66,2	33,8	31,3	55,5	13,2	188,6	31,8		11
65,5	34,5	5485	10	6	16	64,0	36,0	34,0	54,4	11,6	227,0	29,6		12
36,7	63,3	4051	9	19	28	32,4	67,6	29,6	65,4	5,0	518,0	189,2		13
43,9	56,1	2535	12	23	35	34,1	65,9	34,4	58,3	7,3	527,3	174,0		14
92,5	7,5	4625	10	5	15	66,7	33,3	40,3	46,2	13,5	324,4	5,7		15
44,9	55,1	7336	8	17	25	33,5	66,5	35,3	58,2	6,5	556,9	170,1		16
40,3	59,7	4097	4	15	19	23,1	76,9	34,4	61,8	3,8	886,7	289,4		17
52,4	47,6	6055	12	28	40	30,4	69,6	39,4	53,9	6,7	1233,0	159,7		18
31,7	68,3	2813	10	31	41	23,9	76,7	26,7	68,9	4,4	928,8	307,8		19
43,3	56,7	98841	10	16	26	37,2	62,8	32,5	60,3	7,2	512,9	143,9		20

Anlage 6.

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden	Ertrag der Steuern						
		Staatssteuern				Kommunalsteuern (einschließlich der Natural-		
		Grund- und Gebäude- steuer M	Einkommen- steuer M	Vermögens- steuer M	Zu- sammen M	Politische Ver- waltung einschl. der Armen- und Schul- verwaltung M	Kirchen- verwaltung M	Zu- sammen M
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Stadtbürgermeisterei								
1	Stadt Idar	5 002	93 152	29 479	127 633	231 572	14 751	246 323
Landbürgermeisterei								
1	Algenrodt	451	3 482	673	4 606	16 089	799	16 888
2	Enzweiler	134	1 160	175	1 469	3 757	262	4 019
3	Gerach	165	810	234	1 209	3 702	262	3 964
4	Göttshied	279	1 659	410	2 348	4 096	542	4 638
5	Herborn	278	1 707	415	2 400	6 954	820	7 774
1	Hettenrodt	253	2 577	629	3 459	11 798	573	12 371
7	Kirschweiler	370	3 363	797	4 530	13 528	1 063	14 591
8	Mackenrodt	363	1 555	354	2 272	4 186	394	4 580
9	Regulshausen	265	736	196	1 197	1 214	265	1 479
10	Tiefenstein	832	7 870	2 264	10 966	21 454	1 697	23 151
11	Weitsrodt	340	2 174	483	2 997	7 721	1 029	8 750
12	Vollmersbach	332	2 287	509	3 128	9 167	540	9 707
	Zusammen	4 062	29 380	7 139	40 581	103 666	8 246	111 912
Stadtbürgermeisterei								
1	Stadt Oberstein	8 894	97 371	23 964	130 229	338 963	18 619	357 582
Bürgermeisterei								
1	Bergen	938	3 574	1 354	5 866	3 341	2 549	5 890
2	Berschweiler	616	2 491	995	4 102	2 742	1 661	4 403
3	Breitental	268	1 277	509	2 054	4 947	472	5 419
4	Bundenbach	664	2 396	633	3 693	10 551	2 401	12 952
5	Fischbach	524	4 090	869	5 483	13 058	1 281	14 339
6	Georg-Weierbach	433	1 546	554	2 533	6 248	755	7 003
7	Griebelschied	324	1 635	600	2 559	3 721	1 017	4 738
8	Herrstein	605	5 550	1 215	7 370	12 673	1 951	14 624
9	Hintertiefenbach	318	1 271	530	2 119	3 402	645	4 047
10	Kirnfulzbach	340	1 925	460	2 725	8 722	371	9 093
11	Mörschied	539	3 125	1 077	4 741	11 034	1 052	12 086
12	Niederhofenbach	678	2 467	883	4 028	4 558	584	5 142
13	Niedervörresbach	624	2 599	691	3 914	7 992	1 421	9 413
14	Oberhofenbach	221	1 183	517	1 921	2 570	365	2 935
15	Obervörresbach	122	581	157	860	1 657	222	1 879
16	Sonnschied	241	1 109	408	1 758	2 175	321	2 496
17	Weiden	264	1 073	443	1 780	2 408	320	2 728
18	Wickenrodt	485	2 139	819	3 443	4 010	785	4 795
	Zusammen	8 204	40 031	12 714	60 949	105 809	18 173	123 982



im Jahre 1916 des Geldwerts leistungen)		Von den erhobenen Steuern kommen									Die Kommunal- steuern betragen % der Staatssteuern		Be- merkungen	Laufende Nr.
davon nach dem		auf 1 Einwohner			auf									
Grund- besitz	Ein- kommen	Staats- und Kommunalsteuern zusammen	Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zu- sammen	die Staats- steuern	die Kommu- nalsteuern	den Grund- besitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen	vom Grund- besitz	vom Ein- kommen		
%	%	M	M	M	M	%	%	%	%	%	%	%		
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.

Ibar.

15,6	84,4	373 956	19	35	54	34,1	65,9	11,6	80,5	7,9	767,7	223,2		1
------	------	---------	----	----	----	------	------	------	------	-----	-------	-------	--	---

Ibar.

29,8	70,2	21 494	5	18	23	21,4	78,6	25,6	71,3	3,1	1117,5	340,3		1
20,1	79,9	5 488	4	11	15	26,8	73,2	17,1	79,7	3,2	601,5	277,0		2
34,1	65,9	5 173	10	32	42	23,4	76,6	29,3	66,2	4,5	818,8	322,6		3
29,3	70,7	6 986	8	17	25	33,6	66,4	23,4	70,7	5,9	486,4	197,8		4
30,1	69,9	10 174	10	31	41	23,6	76,4	25,7	70,2	4,1	841,7	318,4		5
29,6	70,4	15 830	8	28	36	21,8	78,2	24,7	71,3	4,0	1449,4	337,7		6
28,7	71,3	19 121	8	28	36	23,7	76,3	23,8	72,0	4,2	1131,1	309,4		7
39,5	60,5	6 852	9	17	26	33,2	66,8	31,7	63,1	5,2	498,6	178,1		8
38,7	61,3	2 676	11	13	24	44,7	55,3	31,3	61,4	7,3	215,8	123,2		9
25,7	74,3	34 117	9	18	27	32,1	67,9	19,9	73,5	6,6	715,0	218,6		10
38,9	61,1	11 747	8	25	33	25,5	74,5	31,9	64,0	4,1	1001,8	245,8		11
25,5	74,5	12 835	8	25	33	24,3	75,6	21,8	74,2	4,0	744,9	316,3		12
29,4	70,6	152 493	8	21	29	26,6	73,4	24,3	71,0	4,7	811,3	268,7		

Oberstein.

22,9	77,1	487 811	12	33	45	26,7	73,3	18,6	76,5	4,9	920,8	272,8		1
------	------	---------	----	----	----	------	------	------	------	-----	-------	-------	--	---

Herrstein.

49,1	50,9	11 756	12	13	25	49,9	50,1	32,6	55,9	11,5	308,0	84,0		1
47,7	52,3	8 505	16	17	33	47,2	51,8	31,9	56,4	11,7	340,9	96,5		2
39,5	60,5	7 473	9	24	33	27,5	72,5	32,3	60,9	6,8	799,6	256,5		3
42,9	57,1	16 645	4	14	18	22,2	77,8	37,4	58,8	3,8	837,6	137,0		4
30,9	69,1	19 822	5	15	20	27,7	72,3	25,0	70,6	4,4	844,6	242,4		5
41,6	58,3	9 536	10	28	38	26,6	73,4	35,1	59,1	5,8	673,9	263,5		6
37,7	62,3	7 297	12	23	35	35,1	64,9	28,9	62,9	8,2	551,2	180,6		7
28,0	72,0	21 994	14	29	43	33,5	66,5	21,3	73,2	5,5	673,4	190,1		8
34,1	65,9	6 166	9	16	25	34,4	65,6	27,6	63,8	8,6	434,2	209,8		9
39,8	60,2	11 818	5	16	21	23,1	76,9	33,4	62,7	3,9	1062,1	284,8		10
48,7	51,3	16 827	7	19	26	28,2	71,8	38,2	55,4	6,4	1091,6	198,5		11
60,7	39,3	9 170	13	16	29	43,9	56,1	41,5	48,9	9,6	460,5	81,9		12
37,6	62,4	13 327	5	13	18	29,4	70,6	31,2	63,6	5,2	566,4	226,2		13
39,5	60,5	4 856	13	20	33	39,6	60,4	28,4	60,9	10,7	524,4	150,1		14
34,5	65,5	2 739	6	12	18	31,4	68,6	28,1	66,2	5,7	531,1	211,9		15
37,8	62,2	4 254	16	24	40	41,3	58,7	27,9	62,5	9,6	391,7	139,9		16
40,7	59,3	4 508	11	18	29	39,5	60,5	30,5	59,7	9,8	420,2	150,9		17
31,0	69,0	8 238	19	26	45	41,8	58,2	23,9	66,1	10,0	306,4	159,4		18
39,3	60,7	184 931	9	17	26	33,0	67,0	30,8	62,3	6,9	594,5	187,9		

Anlage 6.

Laufende Nr.	Namen der Gemeinden	Ertrag der Steuern						
		Staatssteuern				Kommunalsteuern (einschließlich der Natural-		
		Grund- und Gebäude- steuer <i>M</i>	Einkommen- steuer <i>M</i>	Vermögens- steuer <i>M</i>	Zu- sammen <i>M</i>	Politische Ver- waltung einschl. der Armen- und Schul- verwaltung <i>M</i>	Kirchen- verwaltung <i>M</i>	Zu- sammen <i>M</i>
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.

Bürgermeisterei

1	Azweiler	318	2 669	788	3 775	6 453	972	7 425
2	Bosen	667	5 722	1 361	7 750	9 198	1 973	11 171
3	Eckelhausen	200	1 559	458	2 217	3 563	549	4 112
4	Eifen	367	2 250	622	3 239	694	834	1 528
5	Eitzweiler	255	1 851	607	2 713	5 286	712	5 998
6	Eiweiler	426	2 549	698	3 673	8 182	975	9 157
7	Ellweiler	411	2 393	945	3 749	3 097	1 373	4 470
8	Gimbweiler	407	2 324	691	3 422	3 912	945	4 857
9	Gonnesweiler	407	3 555	797	4 759	10 030	1 181	11 211
10	Hirstein	352	2 537	622	3 511	6 891	918	7 809
11	Mosberg-Richweiler	352	3 170	948	4 470	8 104	1 180	9 284
12	Neunfirchen	335	3 395	1 155	4 885	7 649	1 075	8 724
13	Nohfelden	1 058	7 677	1 824	10 559	14 863	3 251	18 114
14	Schwarzenbach	426	2 817	777	4 020	7 949	1 127	9 076
15	Selbach	621	5 806	1 768	8 195	9 710	2 138	11 848
16	Sötern	1 019	7 137	1 999	10 155	14 669	2 040	16 709
17	Steinberg-Deckenhardt	333	2 616	628	3 577	6 698	1 038	7 736
18	Walhausen	439	3 473	856	4 768	7 481	1 315	8 796
19	Wolfersweiler	938	6 099	2 040	9 077	10 544	2 308	12 852
	Zusammen	9 331	69 599	19 584	98 514	144 973	25 904	170 877

1	Birkenfeld	8 614	67 833	18 118	94 565	126 342	16 295	142 637
2	Niederbrombach	5 241	24 436	7 120	36 797	53 709	8 335	62 044
3	Idar, Stadt	5 002	93 152	29 479	127 633	231 572	14 751	246 323
4	Idar, Land	4 062	29 380	7 139	40 581	103 666	8 246	111 912
5	Oberstein	8 894	97 371	23 964	130 229	338 963	18 619	357 582
6	Herrstein	8 204	40 031	12 714	60 949	105 809	18 173	123 982
7	Nohfelden	9 331	69 599	19 584	98 514	144 973	25 904	170 877
	Fürstentum Birkenfeld	49 348	421 802	118 118	589 268	1 105 034	110 323	1 215 357



im Jahre 1916			Von den erhobenen Steuern kommen								Die Kommunalsteuern betragen % der Staatssteuern		Be- merkungen	Laufende Nr.
des Geldwerts leistungen)		Staats- und Kommunalsteuern zusammen	auf 1 Einwohner			auf					vom Grund- besitz	vom Ein- kommen		
Grund- besitz	Ein- kommen		Staats- steuern	Kommunal- steuern	Zu- sammen	die Staats- steuern	die Kommun- alsteuern	den Grund- besitz	das Ein- kommen	das Ver- mögen				
%	%	M	M	M	M	%	%	%	%	%	%	%		
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.

Rohfelden.

36,6	63,4	11 200	15	31	46	33,7	66,3	27,1	65,9	7,0	854,0	176,4		1
40,0	60,0	18 921	9	13	22	41,0	59,0	27,1	65,7	7,2	669,9	117,1		2
33,9	66,1	6 329	18	33	51	35,0	65,0	25,2	67,6	7,2	698,0	174,2		3
59,2	40,8	4 767	8	4	12	67,9	32,1	26,7	60,3	13,0	246,3	27,7		4
38,0	62,0	8 711	15	33	48	31,1	68,9	29,1	63,9	7,0	894,1	200,9		5
45,7	54,3	12 830	8	20	28	28,6	71,4	35,9	58,7	5,4	982,6	198,9		6
56,6	43,4	8 219	17	20	37	45,5	54,5	35,8	52,7	11,5	615,1	81,2		7
47,4	52,6	8 279	11	15	26	41,3	58,7	32,9	58,9	8,3	566,1	109,9		8
38,6	61,4	15 970	6	15	21	29,8	70,2	29,7	65,3	5,0	1064,4	193,5		9
39,9	60,1	11 320	7	16	23	31,0	69,0	30,6	63,9	5,5	884,1	185,1		10
32,3	67,7	13 754	16	33	49	32,5	67,5	24,4	68,7	6,9	852,8	198,1		11
31,2	68,8	13 609	14	26	40	35,9	64,1	22,4	68,4	8,2	812,2	176,8		12
30,5	69,5	28 673	11	18	29	36,8	63,2	22,9	70,7	6,4	521,9	162,7		13
41,6	58,4	13 096	7	17	24	30,7	69,3	32,1	62,0	5,9	886,4	188,2		14
37,6	62,4	20 043	15	22	37	40,9	59,1	25,3	65,9	8,8	716,9	127,4		15
40,2	59,8	26 864	9	15	24	37,8	62,2	28,8	63,7	7,5	659,9	139,9		16
39,8	60,2	11 313	8	17	25	31,6	68,4	30,1	64,3	5,6	923,4	178,2		17
42,2	57,8	13 564	10	19	29	35,1	64,9	30,6	63,1	6,3	846,2	146,3		18
47,0	53,0	21 929	11	15	26	41,4	58,6	31,9	58,8	9,3	644,6	111,6		19
39,4	60,6	269 391	10	18	28	36,6	63,4	28,4	64,3	7,3	720,8	148,9		

34,6	65,4	237 202	13	20	33	39,9	60,1	24,4	67,9	7,7	572,9	137,5		1
43,3	67,7	98 841	10	16	26	37,2	62,8	32,5	60,3	7,2	512,9	143,9		2
15,6	84,4	373 956	19	35	54	34,1	65,9	11,6	80,5	7,9	767,7	223,2		3
29,4	70,6	152 493	8	21	29	26,6	73,4	24,3	71,0	4,7	811,3	268,7		4
22,9	77,1	487 811	12	33	45	26,7	73,3	18,6	76,5	4,9	920,8	272,8		5
39,3	60,7	184 931	9	17	26	33,0	67,0	30,8	62,3	6,9	594,5	187,9		6
39,4	60,6	269 391	10	18	28	36,6	63,4	28,4	64,3	7,3	720,8	148,9		7
28,4	71,6	1 804 625	12	24	36	32,7	67,3	21,9	71,6	6,5	700,1	206,2		



Anlage 7.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

Bereits in seinem Schreiben an den Landtag vom 31. Oktober 1912 bat das Staatsministerium um die Ermächtigung, dem jeweiligen Inhaber der Assistentenstelle bei der Ersparungskasse in Birkenfeld die Rechte eines Zivilstaatsdieners zu verleihen. Der Landtag erkannte damals die Dringlichkeit des Antrages nicht an und lehnte ihn ab. Inzwischen ist der zeitige Inhaber der Stelle 35 Jahre alt geworden und jetzt Vater von drei Kindern.

Das Staatsministerium beantragt daher nunmehr die Ermächtigung, dem zeitigen Inhaber der genannten Stelle die Rechte eines Zivilstaatsdieners zu verleihen.

Oldenburg, den 14. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Driver.

Anlage 8.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

Seit der Mitteilung des Staatsministeriums vom 14. Oktober v. J. sind auf Grund des § 34 des Gesetzes vom 24. Dezember 1912/24. Februar 1919 aus den Ueberschüssen der Landessparkasse bewilligt worden:

1. an den Vorstand des Oldenburgischen Landesvereins vom Roten Kreuz, Abteilung II, für Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene	25 000 M.
2. an den Vorstand des Oldenburger Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose	25 000 "
3. an den Vorstand des Oldenburgischen Vereins für Kranken- und Kinderpflege zur Deckung von Baukosten des Kinderheims in Rothensfelde	25 000 "
4. an den Vorstand des Marienstifts in Neuenkirchen zur Deckung der Kosten notwendiger Anschaffungen und Instandsetzungsarbeiten	10 000 "
5. an den Oldenburger Frauenverein, für die Kinderbewahrschule	5 000 "
6. an den Vaterländischen Frauenverein, Zweigverein Oldenburg, für das Säuglingsheim	5 000 "
7. an die Kommission für die Verwaltung der Fonds und milden Stiftungen, um den allgemeinen Wohltätigkeitsfonds vor Erschöpfung zu bewahren, mit der Auflage, das Gesuch des Oldenburger Landesverbandes des Guttemplerordens in Oldenburg und des Vaterländischen Frauenvereins, Ortsgruppe Osterburg, für Säuglingsfürsorge nach Bedarf zu berücksichtigen	6 000 "
8. dem Vorstand des Vereins Herberge zur Heimat zur Deckung von Hypothekenzinsen	1 806 "
9. dem Vorstand des Kinderhorts in Ohmstede	1 000 "
10. dem Osterburger Verein „Jugendschutz-Kinderhort“	500 "
11. dem Zweigausschuß für Jugendherbergen Unterweser-Ems für die Ausstattung von Jugendherbergen des Landesteils Oldenburg	2 000 "
12. dem Vorstand der Baugenossenschaft für Guttempler-Logenhäuser in Oldenburg zum Ankauf eines Hauses an der Georgstraße	1 000 "
13. für die Verteilung von Unterhaltungsschriften an Kriegsbeschädigte in Lazaretten	300 "
14. dem Kinderheim in Oldenburg	1 000 "
Das sind zusammen	108 606 M.

Oldenburg, den 14. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Driver.

Anlage 9.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

In unserer Gesetzgebung findet sich keine Bestimmung über die Form, in der der Austritt aus der Kirche sich vollzieht. Bisher war ein Bedürfnis, diese Lücke auszufüllen, nicht hervorgetreten, während es sich jetzt geltend macht. Unter Hinweis auf die Bestimmung im § 20 Abs. 2 der Verfassung vom 17. Juni 1919, nach der vom Beginn eines neuen Rechnungsjahres nicht mehr zu Beiträgen für eine Religionsgesellschaft herangezogen werden kann, wer drei Monate vor dem Schluß des vorhergehenden seinen Austritt aus der Religionsgesellschaft angemeldet hat, sind Erklärungen des Austritts aus der evangelischen Landeskirche ergangen, die von der Kirchenverwaltung nicht als ausreichend anerkannt sind. Sie verlangt persönliches Erscheinen vor dem Ortsgeistlichen, Vorlegung des Konfirmationscheines und Erklärung des Austritts zu Protokoll. Der Oberkirchenrat betont, daß es ihm fernliege, denen, die ernstlich gewillt sind, sich von der Kirche zu trennen, formelle Schwierigkeiten zu machen, glaubt aber, daß die Ernstlichkeit des Willens am besten und einfachsten in der von ihm gewählten Form zum Ausdruck komme. Im übrigen sei die Angelegenheit eine kirchliche, deren Beordnung der Kirchenverwaltung gemäß § 17 der Verfassung vom 17. Juni 1919 zustehe.

Die katholische Kirche kennt keinen kirchlich gültigen Austritt, hier fehlt es also an einer Form seiner Vollziehung.

Die Frage, ob der Staat zuständig sei, den Fall zu regeln, braucht nicht aufgerollt zu werden, da unterschieden werden kann zwischen dem Austritt aus der Kirche und der Aufhebung der bürgerlichen Wirkung der Zugehörigkeit zur Kirche. Nur auf das letztere kommt es an, und dies ist unzweifelhaft eine Staatsangelegenheit.

Die Form ist so zu wählen, daß sie sich vor einer bürgerlichen Behörde vollzieht. Im übrigen sind auf der einen Seite Umständlichkeiten zu vermeiden, auf der andern Seite muß der Bedeutsamkeit des Schritts, der auf wohlervogener persönlicher Entschliebung beruhen soll, Rechnung getragen werden. Aus diesem Grunde ist die Stellvertretung kraft Vollmacht auszuschließen. In Übereinstimmung mit Preußen wird als Behörde, vor der die Erklärung abgegeben wird, das Amtsgericht zu wählen sein. Dies war schon nach dem preußischen Gesetz vom 14. Mai 1873 zuständig. Durch ein Gesetz vom 13. Dezember 1918 ist die Form vereinfacht, insbesondere aufgehoben, daß zunächst die Absicht des Austritts aus der Kirche angezeigt werden muß, der nach wenigstens

6 und höchstens 8 Wochen die Beurkundung der Austritts-
erklärung folgen kann. Auch in anderen Punkten ist der in
der Nebenanlage A beigelegte Gesetzentwurf dem neuen
preussischen Gesetz nachgebildet. Abweichend ist bestimmt, daß
die Erklärung vor dem Amtsgericht abgegeben werden muß,
während das preussische Gesetz Erklärung vor dem Gericht-
schreiber oder Einreichung in beglaubigter Form vorschreibt.
Hinzugefügt sind ferner Bestimmungen über das Verfahren,
wenn der Inhaber der elterlichen Gewalt die Erklärung für
ein religionsunmündiges Kind abgeben will.

Die Staatsregierung beantragt,
der Landtag wolle dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Oldenburg, den 18. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Graepel.

Nebenanlage A.

Gesetzentwurf,

betreffend die Aufhebung der bürgerlichen Wirkung
der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft mit
den Rechten einer öffentlichen Körperschaft.

§ 1.

Die bürgerliche Wirkung der Zugehörigkeit zu einer
Religionsgesellschaft mit den Rechten einer öffentlichen Körper-
schaft wird durch eine Erklärung zu Protokoll des Amtsgerichts,
daß der Antragsteller aus der Religionsgesellschaft austreten
will, aufgehoben.

Eine Stellvertretung kraft Vollmacht ist unzulässig. Der
Inhaber der elterlichen Gewalt kann die Erklärung für ein
noch nicht religionsmündiges Kind (§ 15 Absatz 2 der Ver-
fassung vom 17. Juni 1919) abgeben; die Gültigkeit der
Erklärung ist von Amts wegen zu prüfen.

§ 2.

Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der
Erklärende zu Abgaben für die Religionsgesellschaft heran-
gezogen ist.

§ 3.

Die Erklärung ist für die Person des Erklärenden sofort
wirksam, für ein von ihm vertretenes Kind, sobald der Nachweis
der Gültigkeit erbracht ist.

Das Amtsgericht hat die Erklärung nach Eintritt der
Wirksamkeit dem Vorstand der Kirchengemeinde, dem der Aus-
tretende angehört, mitzuteilen und dem Erklärenden auf Antrag
eine Bescheinigung, daß die bürgerliche Wirkung der Zugehörigkeit
zu der Religionsgesellschaft aufgehoben ist, auszustellen.

§ 4.

Für das Verfahren werden Kosten nicht erhoben.

Anlage 10.

An den Landtag des Freistaats Oldenburg.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Zollverwaltung bei der Besetzung der Zollauffseherstellen in den kleinen Grenzorten infolge der mangelhaften Wohnungsverhältnisse schon vor dem Kriege zu kämpfen hatte, haben sich stark vergrößert, seitdem der Krieg die Bautätigkeit fast völlig lahmgelegt hat. Besonders schwierig gestalteten sich neuerdings die Verhältnisse in Hooksiel, wo drei, und in Friederikensiel, wo zwei Zollauffseher ihren Standort haben. Die Zollverwaltung hat daher, als sich die Gelegenheit bot, an diesen beiden Orten je ein zur Unterbringung der Beamten passendes Haus zu kaufen, diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen zu dürfen geglaubt. Das in Friederikensiel in öffentlicher Versteigerung für 5000 *M* angekaufte Haus ist ein Einfamilienhaus. Es bedarf gründlicher Instandsetzung. Das Haus in Hooksiel, das 25 000 *M* gekostet hat, enthält eine geräumige Familienwohnung und 2 beschränkte Familienwohnungen, die aber ohne erhebliche Kosten vergrößert werden können.

Der Kaufpreis für das Haus in Hooksiel ist bereits bezahlt, der Kaufpreis für das Haus in Friederikensiel ist am 30. April 1920 fällig. Er erscheint im Landeskassenvoranschlag für 1920.

Indem das Staatsministerium sich zu weiterer mündlicher Auskunftserteilung bereit erklärt und bemerkt, daß bei der demnächstigen Abrechnung mit dem Reich infolge des Übergangs der Zollverwaltung an dieses die Kaufpreise dem Reich in Rechnung zu stellen sein werden, beantragt es:

Der geehrte Landtag wolle den Betrag von 25 000 *M* zu § 329d des Landeskassenvoranschlags für das Jahr 1919 nachbewilligen.

Oldenburg, den 21. Oktober 1919.

Staatsministerium.

Tanzen. Driver.